Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 25 Pfg., bei lokalen Anzeigen 20 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Sa[illegible]dels Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.60 M. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H., in Kamen, Westfr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 236 — Donnerstag, den 9. Oktober 1919 — 47. Jahrgang

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 8. Oktober.)

Der Präsident macht Mitteilung von dem Attentat auf den Abg. Haase und spricht die Hoffnung aus, daß keine schweren Folgen eintreten. Edle Körperteile sollen nicht verletzt sein. Ueber die Motive zu der Tat ist nichts bekannt. Ich glaube im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich dem Abgeordneten Haase, seiner Familie und seiner Partei meine Teilnahme ausspreche. (Beifall.) Das Haus hat sich erhoben. Der Präsident macht weiter Mitteilung davon, daß da Herr Haase nicht, wie vorgesehen, zum Haushalt sprechen könne, die Weiterberatung nach der Rede des Abg. Stresemann vorläufig ausgesetzt werden soll.

Dann folgt die Beratung des Haushalts (Kapitel Reichstag). Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): England steht nach wie vor auf dem Standpunkt, Deutschland müsse wirtschaftlich zerstört werden; Frankreich dagegen hat das größte Interesse an einem regen Wirtschaftsleben Deutschlands. Die unveränderte Annahme des Betriebsrätegesetzes scheint mir nicht so sicher, wie dem Reichskanzler. Die Regierung muß sich auch die Arbeitslust der Unternehmer des industriellen Mittelstandes sichern. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter wird in allernächster Zeit zu politischen Kämpfen zwischen Arbeiterparteien führen. Hoffentlich müssen wir den Eintritt der Demokratie in die Regierung nicht mit der unveränderten Annahme des Betriebsrätegesetzes bezahlen. Der Reichswirtschaftsrat muß eine eigene Initiative haben ohne parteipolitische Einflüsse. Das Aktiengesetz muß geändert werden, wenn nicht noch mehr Anteile an wichtigen Großinstituten in die Hände der Feinde übergehen sollen. Meine Fraktion lehnt jeden monarchistischen Putsch ab, aber innerhalb der Verfassung für den monarchistischen Gedanken zu werben, halten wir für unser gutes Recht. Die neue Republik hat sehr wenige moralische Eroberungen gemacht, und das derzeitige parlamentarische System ist kein Ideal. Wenn sich in Rußland der Bolschewismus noch hält, so nur darum, weil die herrschenden Männer sich ganz von den bolschewistischen Grundsätzen abgewendet haben. Die rote Armee ist ganz nach dem Muster der zaristischen Armee aufgebaut; in den Fabriken herrscht eiserne Disziplin unter den alten Fabrikherrn. Frankreich wird wirtschaftlich mehr und mehr auf uns hingewiesen. England hat uns niedergeschlagen, aber in Amerika ist ihm ein neuer Konkurrent entstanden. So ist alles in Fluß, und wir brauchen die Hoffnung nicht aufzugeben, daß auch wir wieder zu einer besseren Lage kommen, aber nur, wenn wir zurückkehren zur alten Einfachheit, Ordnung und Unterordnung. (Beifall rechts.) — Reichswehrminister Noske kommt auf die baltische Frage zurück. Es ist unerklärlich, wenn die Presse oder Abgeordnete auf die Truppen so einwirken, als ob sie ein Recht hätten, dort zu bleiben. General v. d. Goltz tat absolut korrekt seine Schuldigkeit. Es ist gemeingefährlich, wenn nicht schändlich, die Truppen in der Widersetzlichkeit zu stärken. Ich kann der deutschen Presse diesen Vorwurf nicht ersparen. Das Gros der Offiziere hat immer aus armen Leuten bestanden, die ihre Ehre darin erblickten, ihrem Vaterlande zu dienen. Weiter habe ich nie etwas gesagt. (Lärmender Widerspruch rechts.) Solange wir die Geschäfte der Regierung führen, wird unseren Worten, wenn es nötig wird, auch die Tat folgen. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Das Kapitel Reichskanzler wird bewilligt.

Es folgt die Beratung der Reichsjustizverwaltung. — Abg. Waldstein (D.): Das Amt des Reichsjustizministers wird von der höchsten politischen Bedeutung, wenn die Bestrebungen der Völker auf das Recht gestützt sein wollen. Ebenso wird in einer Demokratie die richterliche Stellung der Laienjustiz von größter Wichtigkeit sein. Laienjustiz darf nicht Klassenjustiz sein. — Reichsminister Schiffer: Es muß der Rückweg zum Rechtsstaat gefunden werden, aus der Revolution zur Gesetzlichkeit. Eine Amnestie ist jetzt nicht beabsichtigt; es wurde schon zu viel davon Gebrauch gemacht. (Zustimmung.) Entwürfe zur Strafprozeßordnung und zur Gerichtsverfassung sind in Arbeit und werden demnächst dem hohen Hause zugehen, ebenso werden sie der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. (Bravo!) Ich werde auf einen sorgfältig durchgebildeten Richterstand nicht verzichten, aber ebenso soll dem Laienrichtertum ein gebührender Platz werden.

Der Hauptteil der Reichsjustizverwaltung wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushaltes des Reichsfinanzministeriums. — Abg. Wurm (U.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. — Abg. Dr. Wirth (Z.) bittet um baldige Neuregelung des Besoldungswesens. — Reichsfinanzminister Erzberger: Ein einheitlicher Plan der Finanzreform ist sehr wohl vorhanden. Das Reich muß sorgen für die Einnahmen im Reich, Staat und Gemeinden. Das Reich wird selbst Herr seiner Steuerquellen und Einnahmen. Das ist ein wichtiger Schritt zum Einheitsstaat. Die Reichsabgabeordnung muß schnellstens verabschiedet werden. Damit wäre das Fundament gelegt zum wirtschaftlichen Aufbau. Das Reich kann aber nicht warten, bis alle Gesetze ausgearbeitet und verabschiedet sind. Darum müßten die Steuern vorweggenommen werden, die das Vermögen in seiner Gesamtheit erfassen. Dazu verpflichtet uns die Finanznot des Reiches. Die neue Besoldungsordnung soll vorgelegt werden, sobald sie im Frühjahr 1920 in Kraft treten kann.

Der Haushalt des Finanzministeriums wird angenommen. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag.

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 8. Oktober.)

Die zweite Haushaltsberatung wird bei der Zentralgenossenschaft fortgesetzt. — Berichterstatter Abg. Dr. Leidig (D. V.): Der Geschäftsumfang der Genossenschaftskasse ist ganz gehörig gestiegen. Er erstreckte sich im vergangenen Jahre auf 74 Millionen Mark und wird sich im laufenden Jahre weiter auf 100 Millionen Mark steigern. — Abg. Dr. Seelmann (D. N.): Das Genossenschaftswesen steht außerhalb der Parteien, das begünstigt seine starke Entwicklung, die während des Krieges auch in der genossenschaftlichen Organisation des Handwerks große Fortschritte gemacht hat. Für den Arbeiter und Handwerker ist das Genossenschaftswesen gar nicht hoch genug zu veranschlagen. — Abg. Esser (Zentr.) begründet einen Antrag seiner Partei auf zeitgemäße Umgestaltung des Beirats der Zentralgenossenschaftskasse, das würde eine fruchtbare Mittelstelle zu ihr und den einzelnen Genossenschaften bilden.

Der Haushalt der Kasse wird genehmigt, der Antrag Esser angenommen.

Es folgt der Eisenbahnhaushalt. — Abg. Garnich (D. Vp.) klagt über die Aufhebung des Schnellzugsverkehrs nach dem Osten. — Abg. Wenke (D.) schließt sich dem Vorredner an. Der Minister dürfte den Westen nicht begünstigen und den Osten als Stiefkind behandeln. — Minister Oeser: Der Osten wird nicht stiefmütterlich behandelt. Wenn wir ihm nicht alles bieten können, was wir wünschen, so liegt das an den schwierigen Betriebsverhältnissen, die auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht besser, sondern eher noch schlechter werden können. (Hört, hört!) Die Möglichkeit einer solchen Zugeinschränkung ist auch für den Westen vorhanden. Es kann sein, daß der Personenverkehr so gut wie vollkommen eingestellt werden muß. Die 5000 Lokomotiven, die wir an die Entente abgeben mußten, und ebenso die 150 000 Waggons, fehlen uns überall. Jetzt rächt sich die Streiklust der vergangenen Monate. Wenn die Kohlen- und mit ihnen die Lebensmittelzufuhren ausbleiben, dann werden die Schürer der Streiks die Verantwortung nicht von sich weisen können. (Sehr richtig.) Wir haben nicht nur zu wenig Kohlen, sondern sie sind teilweise auch zu schlecht. Bis zu 4000 Wagen Steine statt Kohlen bekommen wir oft. Sozialisieren heißt mehr leisten, aber davon sind viele unserer Beamten und Arbeiter noch weit entfernt. — Auf verschiedene Anfragen erwidert ein Regierungskommissar: Gerade der Wunsch, Kohlen für die vermehrten Kartoffeltransporte zu behalten, sei für die Aufhebung des Schnellzugsverkehrs nach dem Osten maßgebend gewesen. Für die Gütertransporte werde die Wagengestellung auf die Hälfte eingeschränkt, nur nicht für die Lebensmittel- und Kartoffelbeförderung. Die Kartoffeltransporte werden also eine wesentliche Verbesserung erfahren. — Bei der allgemeinen Aussprache über diese Anfragen und Anregungen bittet Abg. Brutzner (Soz.) den Minister, den Schnellzugsverkehr mit dem Osten wenigstens in beschränktem Umfange wiederherzustellen. Die Hauptschuld an dem Verkommen unseres Eisenbahnwesens trägt der frühere Minister Breitenbach, der die Eisenbahn dem Militarismus auslieferte, einer halben Million von Menschen, die ihm unterstellt waren, hat er alle Rechte entzogen und damit unerträglichen Groll in ihren Herzen aufgehäuft. Der Minister Breitenbach gehört in erster Reihe vor den Staatsgerichtshof als Vaterlandsverräter (Unruhe rechts.) Bei der Regelung von Lohnverhältnissen muß man den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht geben.

Donnerstag: Fortsetzung.

Eine deutsche Note zur Abstimmung in Eupen u. Malmedy

Der deutsche Vertreter in Versailles überreichte den Alliierten und Assoziierten eine Note, worin Beschwerde geführt wird, daß die Bestimmungen des Artikels 34 Absatz 2 des Friedensvertrages die Volksbefragung in Eupen und Malmedy nicht klarstellen. Die deutsche Regierung macht auf folgende Hauptpunkte aufmerksam: 1. fehlt es im Gegensatz zu den für alle anderen Abstimmungsgebiete getroffenen Bestimmungen für Eupen und Malmedy an einer genauen Festlegung des Kreises der Stimmberechtigten. Es wird vorgeschlagen, daß das Stimmrecht jeder Person, ohne Unterschied des Geschlechts, gewährt wird, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrages das 20. Lebensjahr vollendet hat, in dem Gebiet geboren ist oder dort seit dem 11. Nov. 1918 ihren Wohnsitz hat. Personen, die das Gebiet nach diesem Zeitpunkt verließen, ohne ihren Wohnsitz aufzugeben oder außerhalb des Gebietes sich befindliche Stimmberechtigte sollen zum Zweck der Stimmabgabe zurückfahren oder ihre Erklärung einsenden dürfen. 2. wird vorgeschlagen, daß die Abstimmung in den einzelnen Gemeinden oder so weit diese Bezirke zu klein sind, in den einzelnen Bürgermeistereien stattfinden. 3. Eine besondere Unklarheit besteht über die den Bewohnern bei der Abstimmung vorzulegenden Fragen. Die zum Gegenstand der Abstimmung zu machenden Fragen müßten einfach lauten: „Vereinigung mit Deutschland oder Belgien?" 4. Eine Formulierung der Frage „Für Deutschland oder für Belgien?" ist auch im Interesse der Freiheit in der Abstimmung unumgänglich notwendig. Eine freie und unbeeinflußte Stimmabgabe sei wiederholt anerkannt und müsse unter der Leitung des Völkerbundes erfolgen. Demgemäß wird deutscherseits vorgeschlagen, daß die vom Völkerbund zu ernennende Kommission, der weder Belgier noch Deutsche angehören dürfen, eingesetzt wird mit dem Recht, alle Maßnahmen zu treffen, die sie zur Sicherung der freien und unbeeinflußten Stimmabgabe für erforderlich hält. Um frei zu sein, muß die Abstimmung vor allem geheim sein. Das bisherige Verhalten der belgischen Behörden entspricht den von den alliierten und assoziierten Mächten gegebenen feierlichen Versicherungen nicht. Aus den Kreisen Eupen und Malmedy gehen der deutschen Regierung viele Klagen und Beschwerden darüber zu, wie belgische Behörden schon jetzt versuchen, die freie und unbeeinflußte Abstimmung zu hintertreiben. Durch allerlei Versprechungen wirtschaftlicher Art werden die Bewohner beeinflußt. Einen besonderen Eifer zeigt hierbei der belgische Verwaltungskontrolleur in Eupen. U. a. erklärte er, er werde den Ersten, der abstimmen wolle, die Treppe hinunterwerfen. Wenn zu viele Leute zur Abstimmung kämen, werde er das Lokal schließen und einige Personen einsperren lassen. Andere Belgier erklärten, wenn die Abstimmung überhaupt erfolge, würde sie nur zum Schein stattfinden. Neben solchen Beeinflussungsmitteln werden andere angedroht, die geradezu einen erpresserischen Charakter tragen. Insbesondere werden die heimkehrenden deutschen Soldaten gezwungen, Erklärungen abzugeben, daß sie mit der Annektion einverstanden seien. Ferner wurde gedroht, daß derjenige, der für Deutschland stimme, ausgewiesen würde. Die Regierung drückt die Erwartung aus, daß diesen Treibereien alsbald Einhalt getan werde. Das beste Mittel, eine Wiederholung derartiger bedauerlicher Ereignisse zu verhindern, sieht die deutsche Regierung darin, daß unverzügl. über die noch zweifelhaften Fragen in der Volksabstimmung Klarheit geschaffen wird. Sie ersucht daher die alliierten und assoziierten Mächte, eine baldige Erklärung über diesen Punkt zugehen zu lassen.

Revolverattentat auf den Abg. Haase.

(TU) Auf den Führer der Unabhängigen, den Abg. Haase, wurde Mittwoch mittag kurz nach 1 Uhr in der Sommerstraße in Berlin ein Revolverattentat verübt. Als Haase mit seiner Gattin auf dem Wege zum Reichstag die Straßenbahn verließ, feuerte ein Mann in Zivil aus einer Armeepistole sechs Schüsse auf ihn ab, von denen drei den Abgeordneten trafen. Der Attentäter versuchte nach dem Reichstagsufer zu entfliehen, wurde aber ergriffen und nach der Polizeiwache gebracht. Haase wurde im Reichstagsgebäude verbunden und sodann nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht. Der Täter ist ein Oesterreicher, und zwar ein Lederarbeiter. Bei seiner Verhaftung erklärte er, Haase habe ihm genügend geschadet, und deshalb sei er dazu getrieben worden, auf Haase ein Attentat zu verüben. Der Attentäter heißt Johann Voß.

Die Verletzungen des Abgeordneten Haase scheinen ungefährlich zu sein. Die ärztliche Untersuchung ergab am rechten Bein einen Durchschuß des Oberschenkels sowie einen Streckschuß im Oberschenkel. Die Schramme am Ellenbogen ist augenscheinlich durch den Sturz verursacht worden. Der Zustand des Verwundeten läßt die Wiederherstellung in acht Tagen erwarten. — Von zuständiger Seite wird dem Wolffbüro mitgeteilt: Zur Kenntnis über die Person des Attentäters auf den Abgeordneten Haase muß noch folgende Tatsache angeführt werden: Vor genau einem Jahre wandten sich Johann Voß sowie seine Ehefrau in verschiedenen Briefen und Eingaben an das preußische Finanzministerium mit der Behauptung, daß bei der Ziehung der preußischen Klassenlotterie Unregelmäßigkeiten vorkämen. Den Eingaben und Briefen, die voller Beleidigung waren, waren Flugblätter beigefügt, die die gleichen sind wie die die heute bei dem Attentäter gefunden wurden. Die Staatsanwaltschaft leitete auf Antrag des damaligen Finanzministers Hergt vom 1. Oktober 1918, erneuert vom jetzigen Finanzminister Dr. Südekum am 19. Juli 1919, das Verfahren gegen die Eheleute Voß wegen Beleidigung und Erpressung ein. Infolge Amnestie wurde das Strafverfahren wegen Beleidigung fallen gelassen, wogegen das Verfahren wegen Erpressung fortgeführt wird. Voß scheint also nicht nur ein leidenschaftlicher Gegner des Unabhängigen Haase, sondern auch der früheren und jetzigen Regierung zu sein. Wie aus den vorgefundenen, schon oben erwähnten Flugblättern und aus seinen mehrfachen Erpressungsversuchen hervorgeht (er selbst gibt an daß Haase gegen ihn einen Prozeß wegen Erpressung geführt hat), handelt es sich um einen gemeingefährlichen Menschen, dem jedes politische Interesse fernliegt.

Unter der Ueberschrift „Ein unpolitisches Attentat" sagt der „Vorwärts": Die ungeheure Aufregung, die die Nachricht von dem Attentat auf Haase gestern in der Nationalversammlung hervorrief, legte sich etwas, als bekannt wurde, daß die Verletzungen Haases unbedenklich seien und daß dem wahnwitzigen Anschlag kein politisches Motiv zugrunde liege. Die menschliche Teilnahme für das Opfer des Ueberfalles wurde hierdurch nicht vermindert, zumal Haase auch bei seinen politischen Gegnern Achtung und Sympathie genießt, aber die Entpolitisierung dieses Zwischenfalles bedeutet zugleich seine Entgiftung und darum eine Erleichterung für alle, die das Volksleben auf die Bahn einer gewaltlosen inneren Entwicklung gelenkt zu sehen wünschen.

In den Kreisen der unabhängigen Sozialdemokratie ist man der Ueberzeugung, daß der Grund zu dem Attentat auf Haase nicht in persönlichen Rachegelüsten des Attentäters zu suchen sei, sondern es handle sich vielmehr um ein politisches Attentat. Abg. Haase wollte, wie das 6-Uhr-Abendblatt mitteilt, in seiner heutigen Rede besonders an der Baltenpolitik der Regierung scharfe Kritik ausüben und dabei Aufsehen erregende Mitteilungen über die russische Werbearbeit in Berlin machen. Er wollte mit Dokumenten beweisen, daß sich in Berlin die Vertretung einer neugebildeten westrussischen Regierung befinde, die mit Koltschak und Denikin in engster Fühlung stehe. Es sollen sich sogar zwei Mitglieder dieser westrussischen Regierung ständig in Berlin befinden, wo sie Propaganda und Werbearbeit für die russischen Gegenrevolutionäre leisten.

Verhängung des Belagerungszustandes über das Saarland.

General Andlauer erläßt durch einen Maueranschlag folgende Proklamation:

Seit 4 Uhr nachmittags bestehen Unruhen in den Straßen Saarbrückens. Verschiedene Läden sind geplündert worden. Die Angestellten der Bahn streiken. Einige Metallarbeiter schlossen sich den Streikenden an. Nach den eingegangenen Nachrichten soll morgen das ganze Saargebiet streiken. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verhängt der General und Oberste Verwalter des Saargebiets zunächst den Belagerungszustand über das Saargebiet. Infolgedessen darf sich niemand nach neun Uhr abends auf der Straße aufhalten, es sei denn, daß er nachweislich Dienst verrichtet. Das Zusammenstehen und Versammlungen werden nicht geduldet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen.

Die „Leipziger N. N." melden aus Saarbrücken: Gestern sind die Arbeiter fast sämtlicher Werke in den Streik eingetreten. Seit einiger Zeit wußte man schon, daß die Arbeiter eine Demonstration gegen die dauernde Verteuerung ins Werk setzen wollten. Ob sich der Streik zu dem beabsichtigten Generalstreik ausdehnen wird, läßt sich noch nicht sagen. Bisher streiken die Arbeiter der Eisenbahn, Straßenbahn, Post und fast sämtlicher großindustriellen Werke. Gestern vormittag bewegte sich ein nach Tausenden zählender Demonstrationszug durch die Stadt. Es fanden auf den öffentlichen Plätzen Kundgebungen statt, bei denen u. a. die Forderung nach Hebung des Markkurses, Senkung der Lebensmittelpreise und Vornahme von Gemeinderatswahlen erhoben wurden. Abends kam es zu Plünderungen von Geschäften.

Die französische Verwaltung im „Saarstaat".

Der Kreistag des Kreises Saarlouis nahm mit Erlaubnis der französischen Militärverwaltung die Wahl des Landrats und der beiden Kreisdeputierten vor. Zum Landrat wurde der französische Leutnant Friedrich Podier, Guts- und Fabrikbesitzer in Wallerfangen, gewählt.

Eine Industrieprovinz im Westen?

Mittwoch nachmittag war eine interfraktionelle Besprechung der preußischen Abgeordneten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet über die Bildung einer besonderen Industrieprovinz oder eines den rheinisch-westfälischen Industriebezirk umfassenden Zweckverbandes. Die Ansichten waren geteilt. Insbesondere äußerten die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und Sozialdemokraten schwere Bedenken gegen die Errichtung einer besonderen Industrieprovinz. Die Frage wurde zur Weiterbehandlung einem Ausschuß von fünf Mitgliedern überwiesen, in den die Deutsche Volkspartei den Abgeordneten Dr. Bölitz (Soest) entsendet.

Wilhelm II. und die Schuldfrage.

In einem neuen Werke „Um den Kaiser" schreibt Otto Hammann, der frühere Chef der Presseabteilung:

Für keinen unbefangenen Richter wird sich eine subjektive Schuld des Kaisers am Ausbruche des Krieges nachweisen lassen. In seinen menschlichen Gefühlen war er gegen den Krieg. Derbe soldatische Augenblickswallungen gegen den Feind, besonders aus der Zeit kurz vor Kriegsbeginn sind kein Gegenbeweis. In keiner seiner vielen weltpolitischen Kundgebungen findet sich von Eroberungswillen und Ländergier eine erkennbare Spur. Französische und russische Machthaber gibt es genug, die nicht das gleiche von sich behaupten können. Auch kann ich mich nicht erinnern, in seinen vielen Randvermerken auf Zeitungsausschnitten irgend etwas vom Eroberungswillen oder Kriegseifer bemerkt zu haben. Eine Verurteilung Wilhelms II. wegen Anstiftung des Krieges wäre ein schmählicher Justizfrevel. Verblendete Sieger, die darauf bestehen, den verabscheuten Kaiser vor ihr Tribunal zu schleppen, ähnlich wie römische Feldherren in ihren Triumphzügen unterworfene Fürsten in Käfige eingesperrt dem Volke zeigten, werden vor dem Weltgericht der Geschichte die Verurteilten sein. Die Machtpolitik, die dem deutschen Kaiserreiche unter Wilhelm II. vorgeworfen wird, war Gemeingut aller europäischen Großmächte, jedoch mit dem zu gunsten Deutschlands sprechenden Unterschiede, daß seine Machtpolitik ebenso wie die Englands niemals eine Erweiterung seines territorialen Besitzstandes in Europa erstrebt hat, wogegen alle französischen Rheingelüste, russisches Vordrängen nach Konstantinopel, italienische nationalistische Wünsche seit einem halben Jahrundert verborgene und offene Kriegserreger waren.

In den beispiellosen Leiden der Gegenwart ist dem deutschen Volke das Bild verblaßt, das ihm die Person des Kaisers in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch darbot. Noch bevor der Kriegszustand erklärt worden war, stand im „Vorwärts" ein Artikel, der die stete Redlichkeit seines auf ungestörte Bewahrung des europäischen Friedens gerichteten Willens unumwunden anerkannte. Er selbst sprach in seinen beiden, von einem der Balkone des Schlosses herab gehaltenen freien Reden die Hoffnung auf den Sieg aus, wenn es nicht noch in letzter Stunde gelinge, die enormen Opfer an Gut und Blut zu ersparen, und in der ersten fügte er hinzu: „Und nun empfehle ich euch Gott, geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet um Hilfe für unser braves Heer!" Heuchelei und Verstellung hätten in solcher Lage unter der Wucht seiner Verantwortlichkeit vor Gott, der Grundauffassung von seiner göttlichen Sendung ganz und gar widersprochen. Er war, in seiner Sprache ausgedrückt, echtes, frommes, sich keiner Schuld bewußtes Gefühl und wurde so von Hoch und niedrig im ganzen Volke verstanden.

Seine wirkliche Schuld am Kriege besteht darin, daß er mit seinen vielen prahlerisch-drohenden Kundgebungen von unserer Zukunft auf dem Wasser, dem Dreizack in unserer Faust, von der japanischen Gottesgeißel, vom deutschen Arm, der bis in die entferntesten Teile der Erde langt, usw., desgleichen mit unbedachten Worten in Privatgesprächen unsere Gegner glauben gemacht hat, er sinne auf Eroberungen und wolle den Krieg. Diese Schuld am Kriege besteht aber nur gegenüber seinem eigenen Volke. Die tiefste Tragik des einstigen Friedenskaisers in schimmernder Wehr wird darin bestehen, daß er niemals begreifen wird, welchen tatsächlichen, wenn auch ungewollten Anteil er an der Lage hatte, die zum Kriege führte, und daß er immer glauben wird, keinerlei Schuld zu tragen und bitterstes Unrecht zu leiden.

Der junge Kaiser und der alte Fritz! Im Todesjahre des Einsiedlers von Sanssouci schrieb Mirabeau in seinem Werke: Sur la Monarchie prussienne sous Fréderic le Grand als Bewunderer des absolutistischen Genies Friedrichs und zugleich als Vorkämpfer einer neuen freiheitlichen Zeit: „Wenn jemals ein unverständiger Fürst diesen Thron besteigt, wird man diesen fürchterlichen Riesen plötzlich zusammenbrechen, wird man Preußen fallen sehen, wie Schweden gefallen ist." Unter einem König von spießbürgerlichem Mittelmaß kamen schwere Zeiten über Preußen, sie wurden überwunden. Ein geistvoller König folgte, endete in geistiger Umnachtung. Unter dem dritten, einem guten und weisen, der sich von dem Genie eines großen Staatsmannes leiten ließ, stieg Preußen-Deutschland, mehr gefürchtet als geliebt, zur höchsten Macht empor. Unter dem Enkel kam zu der politisch-militärischen Macht noch eine fast beispiellose Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte mit stetig steigendem Nationalwohlstand hinzu. Es muß doch wohl ein unverständiger Fürst gewesen sein, der bei allem guten Willen mit selbstherrlichem Uebermaß so viel dazu beitrug, daß sich die Prophezeiung Mirabeaus doch noch erfüllt hat.

Die deutschen Freikorps im Baltenland.

(W) Die in Kurland stehenden deutschen Freikorps haben einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

An das deutsche Vaterland und alle Kulturvölker der Erde! Schweren Herzens kämpfen wir mit dem Entschluß, entgegen dem unter dem Druck der Verbandsmächte gegebenen Befehlen unsrer Regierung an der bolschewikischen Front auszuharren. Als Soldaten erzogen in der Pflicht des Gehorsams, glauben wir doch, unser Gewissen höherstellen zu müssen, als den Gehorsam erzwungenen Befehlen gegenüber, das Gewissen, das uns mahnt, die Grenze unsers Vaterlandes zu schützen vor dem Unsagbaren, das der Durchbruch bolschewikischer Horden für unser Volk bringen würde; das Gewissen, das uns aufruft zur Befreiung der Menschheit von den unseligen Folgen des russischen Bolschewismus. Verwechselt nicht diesen Ausbund menschlicher Irrlehren mit der Wahrheit einer sozialen Weltanschauung. Wir, die wir aus der Taufe der deutschen Revolution hervorgegangen sind, nachdem wir den furchtbaren Weltkrieg mitgemacht haben, wir kennen die Wahrheit und die wirkliche Kraft, die diese Weltanschauung in sich trägt. Nicht gegen sie richten sich unsere Waffen, nein, um sie zu erkämpfen und zu retten, wollen wir hier aushalten für euch. Wenn wir hier draußen verharren wollen, dann tun wir es nicht aus imperialistischen oder reaktionären Gründen, eine unabweisbare Pflicht dem Vaterland und eine erhabene Aufgabe der Menschlichkeit gegenüber wollen wir erfüllen. Ueber den Haß, den der Weltkrieg zwischen den Völkern entfesselt hat, stellen wir die größte einigende Idee, für die wir kämpfen und sterben wollen: den gemeinsamen Kampf für die wahre soziale Weltanschauung, den Kampf zur Verteidigung der höchsten Religion gegenüber dem tödlichen Gift des entarteten Bolschewismus! Wenn es das Vaterland über sich bringen sollte, uns zu verlassen, wenn es die Staatsmänner andrer Nationen verantworten sollten, uns preiszugeben, dann gut, dann sind wir eben doch die letzten, die aus dem großen Krieg, der die Welt und ihre Moral zerrüttet hat, ihr Pflicht- und Ehrgefühl der Menschlichkeit gegenüber gerettet haben. Vielleicht gibt es noch einen Gott auf der Welt, der uns beisteht.

Der vorstehende Aufruf der Freikorps im Baltenland ist abgefaßt worden, bevor die Kundgebung der Regierung und die letzten entscheidenden Befehle des Reichswehrministers über die Räumung erlassen worden waren. Es bleibt abzuwarten, ob die völlige Sperrung von Munition, Verpflegung und Löhnung nicht eine Aenderung des verstiegenen Standpunktes mit sich bringt, der diesen Aufruf auszeichnet. Wenn es im Nordosten heute noch eine bolschewikische Gefahr für Deutschland gibt, die sich militärisch äußert, so muß sie an den Grenzen des Reiches abgewehrt werden, nicht auf fremden Boden, wo die Freikorps als Landesfeind angesehen werden. Aber über die Abwehr der bolschewikischen Truppen steht die Pflicht, eine Wiederverhängung der Blockade abzuwehren, und diese Blockade setzt mit tödlicher Sicherheit ein, wenn die Freikorps nicht den Befehlen der deutschen Regierung gehorchen.

Etatsrat Andersen nicht Sonderfriedensvermittler?

(Dz) Bethmann Hollweg hat sich bekanntlich in den Preußischen Jahrbüchern über ein deutsches Friedensangebot an Rußland im Jahre 1915 und die erfolglose Friedenstätigkeit seines Mittelmannes in Petersburg, des dänischen Etatsrates Andersen, geäußert. Das dänische Ministerium des Auswärtigen läßt hierzu folgende Erklärung veröffentlichen: „Zu der von Nitzows Büro wiedergegebenen Erklärung, die dem früheren deutschen Reichskanzler von Bethmann Hollweg zugeschrieben wird, erklärt das Ministerium des Auswärtigen, daß die vom Etatsrat Andersen im Kriege zum Wohle des Landes ausgeführten Arbeiten in voller Uebereinstimmung mit dem Ministerium des Auswärtigen ausgeführt wurden und Bestrebungen zu einem Sonderfrieden nach irgend einer Seite nicht umfaßt haben."

Gegen die Schiesserei der belgischen Soldaten.

Das Mitglied der Nationalversammlung Jäcker-Düsseldorf hat an die Regierung folgende kleine Anfrage gerichtet:

Die belgische Besatzung des linksrheinischen Teiles der Stadt Düsseldorf hat im Laufe der Zeit immer wieder ohne Grund nach dem rechten unbesetzten Rheinufer, also der eigentlichen Stadt Düsseldorf, geschossen. Zweimal sind durch die Schüsse Personen getötet worden. Auch in den letzten Tagen wurde wiederholt über den Rhein geschossen, wobei in einem Fall ein Fischernachen getroffen wurde. Außerdem haben vor wenigen Tagen belgische Soldaten im linksrheinisch besetzten Gebiet Düsseldorfs ein Kind erschossen und eine Frau schwer verletzt. Ist die Reichsregierung bereit, bei der Entente geeignete Schritte in die Wege zu leiten, um solche skandalösen Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

Der Fiumestreit.

Die Kriegsgefahr zwischen Italien und Jugoslavien wird immer größer. Beide Parteien haben längs der Demarkationslinie beträchtliche Truppenmassen zusammengezogen. Fiume ist jetzt nur noch von italienischen Truppen besetzt. Die französischen Truppen haben vor ihrem Abzug ihre Lebensmittelvorräte für 40 Mill. Franken an die Italiener verkauft. Die Jugoslaven sind voller Zuversicht über den Ausgang des Konfliktes. Sie erwarten tatkräftige Hilfe der Amerikaner. In Pariser politischen Kreisen wird Stimmung gemacht für eine Volksabstimmung über Fiume nach dem Vorbild von Schleswig. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera" ist man in gutunterrichteten Kreisen der Ansicht, daß die Lösung des Fiume-Problems in einer den italienischen Interessen nicht ganz zuwiderlaufenden Art bevorsteht.

Amerika verstärkt seinen Druck betreffend die Räumung von Fiume und droht mit der Einstellung jeder Hilfegewährung, wenn die Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht befolgt würden. Die Führer der Expedition nach Fiume beginnen einzusehen, daß die Besetzung der Stadt in ihrer jetzigen Form nicht aufrechterhalten werden kann. d'Annunzio verspricht, alles zu unterlassen, was den Südslaven einen Vorwand zu Angriffen geben könnte. In Fiume wird die Erwerbslosigkeit immer fühlbarer.

Weitere Nachrichten.

— **(Anschluß Thüringens an Preußen.)** Wie dem Berl. Lok.-Anz. aus Altenburg berichtet wird, mußten in der gestern zusammengetretenen Landesversammlung die Sozialdemokraten trotz ihrer absoluten Mehrheit der Ausschußberatung über eine von ihr eingebrachte Vorlage, die den Zusammenschluß von 6 thüringischen Staaten außer Koburg und Meiningen erstrebt, zustimmen, weil die Volksstimmung deutlich für einen Anschluß Thüringens an Preußen und gegen die Schaffung eines thrüngischen Kleinstaates ist. Die Landesbeamten fordern in einer Eingabe an die Landesversammlung Ablehnung der Vorlage oder Volksabstimmung.

— **(Die Angst vor dem deutschen Drill.)** Die amerikanische Behörde macht bekannt, daß das internationale Verwaltungskomitee der Rheinlande eine Entschließung angenommen habe, allen militärischen Drill in den öffentlichen Schulen im besetzten Gebiet zu verbieten, bis die Angelegenheit durch die internationale Kommission für die Entwaffnung Deutschlands endgültig entschieden ist. Alle Händler mit Jagdwaffen und Munition sind angewiesen worden, über alle Verkäufe Buch zu führen und der Behörde Mitteilung davon zu machen.

— **(Landung eines italienischen Flugzeuges in Berlin.)** Zum erstenmal seit Beginn des Krieges ist ein ausländisches Flugzeug in Berlin-Johannisthal gelandet. Gegen 5 Uhr nachmittags landete auf dem dortigen Flugplatz ein italienischer Mollandre-Doppeldecker, in dem sich zwei Offiziere mit besonderen Aufträgen für das italienische Konsulat in Berlin befanden. Die beiden italienischen Offiziere hatten mit Depeschen an Bord vor einigen Tagen Rom verlassen und waren am ersten Tage über Venedig nach Wien geflogen, von wo sie am nächsten Tage nach Warschau weiterflogen, um dort ihren Auftrag zu erledigen. Die polnische Hauptstadt verließen sie gegen 11½ Uhr und landeten nach einer Fahrt von kaum 6 Stunden in Johannisthal. Nach Erledigung der notwendigen Formalitäten stellten die beiden Italiener ihren Doppeldecker bei der Deutschen Luftreederei unter und begaben sich dann in das italienische Konsulat. Die Offiziere wollen ihren Rückflug über Turin nach Rom antreten.

— **(Strafverfahren gegen Karolyi.)** Wie Hirlap erfährt hat die Staatsanwaltschaft gegen den Grafen Michael Karolyi das Strafverfahren wegen Diebstahls, Veruntreuung und treuloser Gebarung eingeleitet. Die Untersuchung ist bereits soweit fortgeschritten, daß demnächst der Haftbefehl gegen den Grafen erlassen wird. Gleichzeitig werden die Auslieferungsverhandlungen mit der tschecho-slowakischen Republik eingeleitet.

— **(Die erfolgreiche Offensive gegen die Bolschewisten.)** Englische Meldungen berichten von dem günstigen Fortschritt der Offensive des russischen Nordwestheeres. Die Truppen des Generals Judenitz sind in der Richtung auf Luga über den Sabba-Fluß vorgedrungen und haben in der Richtung Strugi den Wjellja überschritten. 20 Landstädte im Raume von Pskow sind eingenommen. Die Anzahl der Gefangenen und des abtransportierten Kriegsmaterials wächst. Unter den roten Truppen macht sich eine steigende Demoralisation bemerkbar.

— **(Wilson gehirnkrank.)** Dem Nieuwen Courant wird aus Washington gemeldet: Die Prüfung des berühmten Augenspezialisten Schweinitz und dem Nervenarzt Dr. Dercan über den Zustand Wilsons hat die Besorgnis wachgerufen, daß das Gehirn des Präsidenten angegriffen ist, da Erkrankungen des Gehirns mit Symptomen in den Augen beginnen. Die Spezialisten erklären aber, daß für eine organische Erkrankung des Gehirns keine Anzeichen vorhanden seien. Seit der Erkrankung Wilsons haben die persönlichen Angriffe gegen ihn aufgehört.

— **(Das Betriebsrätegesetz.)** Die Verhandlungen, die zwischen den Parteien der Mehrheit über die Ausgestaltung des Betriebsrätegesetzes geführt werden, sind noch nicht abgeschlossen. Besonders umstritten sind noch zwei Punkte: Die Vorlegung der Bilanzen und die Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat. Es gilt als wahrscheinlich, daß die Vertretung im Aufsichtsrat zugestanden werden wird und daß die Vorlegung der Bilanzen bei Aktiengesellschaften vorgeschrieben wird.

— **(Eisenbahnerstreik in Portugal.)** In Lissabon ist ein Streik der Eisenbahner ausgebrochen und hat sich über ganz Portugal ausgedehnt. Truppen halten die strategischen Punkte der Stadt mit Maschinengewehren besetzt. — Nach Meldungen aus Lissabon ist dort ein Generalstreik ausgebrochen, der sich bis jetzt noch nicht auf die Provinz ausgedehnt habe.

*

Kleine Nachrichten.

Dienstag trat das gesamte Dampferpersonal Danzigs und der anderen östlichen Häfen von Königsberg und Memel wegen Lohnforderungen in den Ausstand.

In Brake (Oldenburg) verhinderten kommunistische Seeleute das Auslaufen von Fischdampfern.

Durch ein Großfeuer in Zwoschwitz bei Plauen (Vogtland) wurden 8 große Scheunen mit Erntevorräten, Maschinen- und Ackergeräten eingeäschert. Der Schaden beläuft sich auf rund 1 Million Mark. Es wird Brandstiftung vermutet.

Ueber die Hauptstädte der amerikanischen Stahlindustrie wurde im Zusammenhang mit den Unruhen in den letzten Tagen der Belagerungszustand verhängt.

„Algemeen Handelsblad" meldet, daß binnen kurzem wieder ein Expreßzug von Vlissingen nach dem südlichen Europa einrichtet wird.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

60. Fortsetzung.

Sie wußte ganz genau, warum Malte sie nicht hatte um sich haben wollen — weil sie ihn durchschaut hätte! Wie er im Leben ein guter Komödiant gewesen, so hatte er sich auch im Tode einen wirkungsvollen Abgang sichern wollen. Sie kannte ihn zu gut! Und sie war über sich selbst erschrocken, daß sein Tod sie so wenig erschütterte — beinahe teilnahmslos, als ungerührter Zuschauer stand sie dabei.

Nur die arme Mutter! Wenn die erwachte und zum Bewußtsein ihres Verlustes kam! Es fröstelte sie, wenn sie daran dachte. — —

Gwendoline war es sehr peinlich, dem Herzogpaar von den Ereignissen der letzten Tage zu berichten. Ernst und traurig sah Maria Christina sie an. Sie schüttelte den Kopf, wie nicht begreifend.

„Warum hast du mir nichts gesagt? Ich stand doch zu deiner Verfügung, Gwendoline! — Um Geld ein Menschenleben zu opfern! Ein Wort hätte es dich gekostet — und das alles wäre nicht geschehen —" sagte die Herzogin mit ernstem Vorwurf. Der Herzog sagte gar nichts; er sah Gwendoline nur unverandt an.

„Hoheit, es wäre ein Wasserschöpfen mit Sieben gewesen. Ich hatte Hoheit von meinem Bruder schon erzählt — ich konnte Hoheit nicht damit belästigen! Bei der Veranlagung meines Bruders wäre es ganz zwecklos! Ich habe schon mehr als genug für ihn getan — ich fühle mich frei von aller Schuld —"

Maria Christina schauerte leicht zusammen.

„Und dennoch", flüsterte sie mit blassen Lippen, „du bist hart, Gwendoline —"

„Man muß es manchmal sein, Hoheit, und wenn es einem das Herz brechen will! Meine Mutter ist unröstlich! Malte war ihr Abgott — und mir zürnt sie — wir sind uns innerlich nicht nahe gekommen! Ich bin immer allein gewesen."

Der Herzog sah mit verzehrendem Blick auf die schwarzgekleidete Mädchengestalt mit dem ernsten, schönen Gesicht, und heiß wallte es in ihm auf.

„Allein sind Sie, Fräulein von Reinhardt? Es dauert aber doch sicherlich nicht mehr lange, daß dieses Wort für Sie Geltung hat", bemerkte er lächelnd, „wenn Sie einmal heiraten."

„Ich heirate nicht, Hoheit —"

„Mit solcher Bestimmtheit behaupten Sie das? Das läßt beinahe auf eine unglückliche Liebe schließen, Fräulein von Reinhardt —"

Scherzhaft drohte er mit dem Finger, sie dabei gespannt anblickend. Langsam stieg ihr die Röte in das blasse Gesicht.

„O nein, Hoheit, ich liebe nicht unglücklich. Aber das Glück liebt mich nicht — — es hat mich vergessen —"

„Beklagst du dich, Gwendoline? Wie viele teilen doch dein Geschick! Du aber hast etwas vor ihnen voraus: dir gab ein Gott, zu singen, was du leidest — — —"

Die Herzogin mußte husten: sie sah recht angegriffen aus; ein böser langwieriger Katarrh machte ihr zu schaffen. Der Herzog schob sich, um die Damen zu verlassen. Er streifte Gwendoline mit einem seiner heißen Blicke, vor denen sie sich seit einiger Zeit fürchtete.

„Heilern Sie mir die Herzogin ein wenig auf!" sagte er, „sie soll nichts trauriges sehen und hören."

Noch am gleichen Tage, als Maria Christina ein wenig ruhe gelang es ihm, Gwendoline unbeobachtet zu sprechen. Er war im kleinen Salon der Herzogin, in dem sie nur ihre Vertrautesten empfing und mit ihnen plauderte. Gwendoline erschrak, als sie ihn so unvermutet erblickte. Er faßte nach ihrer Hand.

„Die Herzogin schläft noch", sagte er leise, „und ich möchte Sie bitten, die Farbe der Trauer abzulegen, da sie das düstere Schwarz nicht liebt!"

Nur, um ihr das zu sagen, hatte er hier auf sie gewartet? Eine unbestimmte Angst erfaßte sie vor dem schwer atmenden Mann, der jetzt hastig fortfuhr — „Gwendoline, ich habe schon lange auf den Augenblick gewartet, in dem ich Sie einmal sprechen konnte. Sie können von mir fordern, was Sie wollen — weil ich Sie froh sehen will! Die schönen Augen, die mich ganz gefangen haben, sollen froh blicken, und der schöne Mund da soll nicht so häßliche Worte sagen wie vorhin, der soll lächeln — mir lächeln —! Vom Glück vergessen! Sie sind es nicht, Gwendoline, wenn Sie es nicht wollen! Ein so schönes Weib hat nicht nötig zu klagen, daß es vom Glück vergessen ist! — Gebieten Sie über mich, Gwendoline — und alles, was ich bin, gehört Ihnen — —" sie fühlte seine heißen Lippen auf ihrer Hand. Entsetzt starrte sie ihn an. Sie riß sich los von ihm und flüchtete in die äußerste Ecke des Zimmers.

„Wenn Sie einen Wunsch haben, Gwendoline", sagte er leise, ihre Bestürzung nicht verstehend, für glückselige Ueberraschung haltend.

„Ich möchte jetzt allein sein, Hoheit!" stieß sie mit erstickter Stimme hervor, und als er sich mit vorsichtigen Schritten entfernt hatte, stand sie noch immer reglos da — nur der eine Gedanke brannte in ihrem Hirn: Fort, du mußt fort von hier! Du kannst nicht mehr hierbleiben! Diese Zufluchtsstätte war ihr nun auch wieder genommen — und ohne ihre Schuld!

Das Glück hatte sie doch vergessen! Heimatlos, friedlos war sie — von vorn mußte sie aufbauen, mußte auf die glänzenden Zukunftsaussichten, die sich ihr hier geboten, freiwillig verzichten, wenn sie vor sich selbst bestehen wollte!

Wie schwer wurde es ihr, der Herzogin am andern Tag zu sagen, daß sie fort müsse — „Christa, ich habe es mir in der Nacht überlegt: Meine Pflichten gegen meine Mutter verlangen es —" schloß sie mit stockender, heiser Stimme.

Groß heftete die Herzogin ihre leuchtenden Augen auf sie.

„Warum willst du fort?"

„Christa, ich sagte es dir ja: Ich habe Sorgen um meine Mutter, die ganz allein ist —"

„Doch nicht erst seit gestern! Du hast noch einen anderen Grund —"

„Ach, Christa, glaubst du, daß ich gern gehe? Doch meine arme Mutter —"

„Vergißt du deine Gesangsstudien?" Wie du selbst sagst, fehlt dir noch viel, bis zu den Anforderungen, die man an dich als erste dramatische Sängerin an unserer Bühne stellt, gerecht werden kannst —" (Forts. folgt.)

Aus aller Welt.

— **Luftverkehr Europa.** In der nächsten Zeit soll ein Luftverkehr für ganz Europa eingerichtet werden, in dem Wien den Kreuzungspunkt für zwei wichtige Linien bilden soll, und zwar für die Linien Hamburg, Berlin, Leipzig, Wien und Warschau, Prag, Wien, Budapest mit einer Abzweigung Belgrad—Mailand.

— **Beraubte Polizeibeamte.** Der Reichszuckerstelle wurde im August d. J. gemeldet, daß eine große Zuckerschiebung stattfinden solle. Um diese zu verhindern, und die Schieber zu verhaften, traten zwei Beamte der Militärpolizei mit den angeblichen Verkäufern in Verbindung. Diese, ein Kaufmann Nölle aus der Bendlerstraße 14 und ein Leutnant Thiel, wurden mit den vermeintlichen Käufern handelseins und forderten sie auf, sich mit dem Kaufpreis 25000 Mark, in einem Schanklokal in der Kulmstraße 29 einzufinden und dort den Zucker in Empfang zu nehmen. Als die Beamten in dem Lokal erschienen, wurden sie von zwei Unteroffizieren empfangen, die im Auftrage der beiden Verkäufer handelten. Sie sagten, daß sie den Zucker zur Stelle hätten und verlangten nun von den Beamten, daß diese zuerst das Geld zeigen sollten. Als die Beamten die Brieftasche herausholten, um die Unteroffiziere zu überzeugen, daß sie auch tatsächlich das Geld hatten, zogen diese plötzlich ihre Revolver, entrissen den Beamten die 25000 Mk. und schlossen sie in das Zimmer ein. Dann fuhren sie mit dem Kraftwagen, in dem die Beamten gekommen waren, davon. Den Erfolg ihres Gaunerstreichs teilten sie sodann einer Wochenschrift mit, um damit die Beamten, die sie als solche erkannt hatten, lächerlich zu machen. Die Militärpolizei meldete den Vorfall der Berliner Kriminalpolizei. Der Raubzug hat es jetzt unter Leitung des Kriminalkommissars Lehnerdt gelungen ist, die beiden Unteroffiziere und die Urheber des Streiches, den Kaufmann Nölle und den Leutnant Thiel, zu ermitteln und zu verhaften.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 9. Okt. **(Verschiedenes.)** Wie die „Kal. Inf." mitteilen, dürfte die **Ausgabe der neuen 50-Pfg.-Stücke** aus Aluminium an die Reichsbank zur weiteren Verteilung noch in diesem Monat erfolgen, wodurch vor allem die Einziehung der von den Städten ausgegebenen 50-Pfg.-Scheine erfolgen könnte. Im ganzen sollen 100 Millionen neuer 50-Pfg.-Stücke ausgegeben werden, die in vier Monaten zur Verteilung gelangen sollen. Für die **Herstellung neuer Ein- und Zweipfennigstücke** wird zur Zeit eine neue Legierung gesucht. Das Einpfennigstück aus Aluminium wurde eingezogen, weil der hohe Preis dieses Metalles die Münzen über ihren Wert verteuert.

(Die teuren Schuhe.) Es wird uns mitgeteilt: Das Volk stöhnt unter der Last der Preise für das Schuhwerk. Sein Aerger richtet sich zunächst gegen den Schuhmacher, in welchem man den Urheber der Wucherpreise vermutet. Mit der ungeheuren Preissteigerung auf dem Schuhmarkt hat es aber eine andere Bewandtnis. Seit dem 15. August hat die Zwangswirtschaft mit Leder aufgehört, und der freie Handel mit dieser Ware begonnen. Die Schuhmacher erhalten also kein Leder mehr von Verteilungsstellen zugewiesen, sondern müssen ihren Bedarf an Leder im freien Handel decken. Während der Schuhmacher bei der Zwangswirtschaft 12—15 Mk. für das Kilo Schuhleder bezahlte, muß er jetzt im freien Handel 42—56 Mk. dafür bezahlen! Der Schuhmacher ist gezwungen, diese Preise zu bezahlen, wenn er Leder zur Bedienung seiner Kundschaft erhalten und mit einem bescheidenen Zuschlag für seiner Hände Arbeit sein und seiner Familie Leben fristen will. Gegenüber diesen Preishandelspreisen, die der Schuhmacher während der Zwangswirtschaft bezahlen mußte, sind erträglich. Es ist demnach falsch, den Schuhmacher für etwas verantwortlich zu machen, was er nicht verschuldet hat.

Der von verschiedenen Blättern verbreiteten Meldung, daß sich eine **Abwanderung** in größerem Umfange aus den **christlichen Gewerkschaften** entwickeln wird, wird in entschiedener Weise widersprochen. Es ist, wie aus christlichen Gewerkschaftskreisen festgestellt wird, bei diesen Gewerkschaften keine Abwanderung, sondern im Gegenteil eine ständige Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen, deren Zahl gegenwärtig 1 100 000 beträgt.

Der Bezirksausschuß Arnsberg hat folgendes bestimmt: 1. **Die Schonzeit** der Rehböcke wird auf das ganze Jahr ausgedehnt. 2. Hinsichtlich des Schlusses der Schonzeit für Trappeln und des Beginns der Schonzeit für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorschnepfen bleibt es bei den gesetzlichen Terminen.

(Keine Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln.) Auf die Anfrage des Abg. Dr. Rösicke hat die Reichsregierung durch den Reichswirtschaftsminister geantwortet, daß sie die Zwangswirtschaft für Kartoffeln nicht aufheben will, weil die Aufhebung eine ungleichmäßige Versorgung und übermäßig erhöhte Preise zur Folge haben würde.

(Des Nachbars Schwein.) Den Arbeiter Heinrich Löhr in Kamen, der schon recht oft mit dem Gefängnisse und Zuchthause Bekanntschaft gemacht hat, hatte es seines Nachbars Obst Schwein angetan. Sein Hausgenosse Frank und er verabredeten, es sich zu holen: am 2 Juli, nachts, wurde der Plan ausgeführt. Mit einer Eisenstange erbrachen sie die Stalltür, schlugen das Schwein tot und teilten es. Löhr, der mit einer Frau Neumann zusammenwohnt, ließ von dieser sogleich ein Gericht Schweinefleisch herrichten, damit es zum Frühstück verzehrt werden konnte. Der Polizei, die Löhr sofort als den Schweinedieb in Verdacht hatte, sagte er, seine Schwester, die Frau Kuhle in Bergkamen habe das Fleisch; er wollte nur Zeit gewinnen, das Fleisch auf die Seite zu bringen. Löhr wurde gestern von der Dortmunder Strafkammer wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt, Frau Neumann und Frau Kuhle wurden von der Anklage der Hehlerei freigesprochen.

Westick, 9. Okt. **Die Rotlaufseuche** unter den Schweinen tritt in diesem Jahre wieder stark auf. Es sind in hiesiger Gemeinde schon mehrere Tiere eingegangen, verschiedene mußten notgeschlachtet werden. Es empfiehlt sich, bei Krankheitserscheinungen der Tiere, Verlagen des Futters, Fiebererscheinungen usw. sofort einen Tierarzt zu Rate zu ziehen. Zur Begutachtung der Notwendigkeit der Notschlachtung und der Genußtauglichkeit des Fleisches ist in allen Fällen der Fleischbeschauer Herr Gerdönis in Methler hinzuzuziehen.

Westick, 9 Okt. **(Diebstahl.)** Dem Invaliden Sebrecht in der Germaniastraße hierselbst wurde in der Nacht vom 3. zum 4. d. Mts. aus dem verschlossenen Stalle ein Ziegenbock gestohlen. Die Täter haben das Tier lebend fortgeführt.

Der Falschmünzer in Werne.

Werne, 9. Okt. Als ganz gerissener Gauner und Dieb erwies sich vor dem Schwurgericht in Münster der aus Schlesien gebürtige 32jährige Arbeiter Erich Pl.schke, zuletzt in Werne wohnhaft, der der Falschmünzerei beschuldigt war. Er ist verschiedentlich wegen Diebstahls, Sachbeschädigung, Brandstiftung vorbestraft und hat erhebliche Zuchthausstrafen hinter sich. Im Jahre 1916 wurde er zu drei Jahren Zuchthaus wegen schweren Diebstahls in drei Fällen verurteilt, aber im Dezember v. J. infolge der Amnest entlassen freigelassen. Als Bergmann hat er nur ein paar Schichten verfahren und sich dann gleich wieder einem altgewohnten Diebeshandwerk zugewandt, das jetzt in Schweineabschlachtungen in der Nähe von Werne bestand. Der Verdacht fiel schließlich auf ihn und eine Nachforschung in dem Hause seines Kostwirts, des Bergmanns Göbel in Werne, förderte eine Menge Schweinefleisch zu Tage. Plischke erhielt wegen dieser Straftat zwei Jahre Zuchthaus, während Göbel als Hehler sechs Monate Gefängnis erhielt. Bei der erwähnten Haussuchung fand man auch eine Reihe von Gegenständen, die in einer Falschmünzerwerkstatt Gebrauch finden und da in Werne falsche Fünfzigmarkscheine im Umlauf waren, wurde der Sache nachgegangen. Man fand verschiedene Farben, Tuschen, Zeichnungen usw. und auch ein Notizbuch mit Postkarten und Briefen auf allerlei Farbenbestellungen. Das schönste war, daß man auch einen Entwurf der jetzt außer Kurs gesetzten schwarzumrandeten Fünfzigmarkscheine vorfand, sowie Pauschpapier, das nach einer späteren Photographie des Reichsbankdirektoriums die vollständigen Durchzeichnungen dieser Banknoten enthielt. Plischke bezeichnet sich als unschuldig, wie er überhaupt angibt, daß er bei seinen Vorstrafen stets unschuldig verurteilt sei. Er will die Zeichnungen aus Liebe zur Kunst hergestellt haben, um bei Namenstags- und Geburtstagsfeiern seinen Freunden einen Spaß zu machen; ferner will er die Farben gekauft haben, um gelegentlich Post- und Glückwunschkarten zu bemalen. Durch Zeugen wird ihm aber nachgewiesen, daß er Fünfzigmarkscheine nachgemacht und seine Umgebung gefragt hat, ob man die Dinger wohl in Werne anbringen könne. Einer Verwandten seines Kostwirts hat er sogar einen nachgemachten Schein angeboten, die ihn aber nicht annahm. Dann erzählte er zu Hause, daß er bereits drei falsche Scheine in Wirtschaften abgesetzt habe, was er auch jetzt zugibt. Die Scheine sind allerdings etwas plump nachgeahmt, doch war es immerhin möglich, sie bei starkem Wirtschaftsverkehr umzusetzen, wie das ja auch geschehen ist. Trotz des belastenden Materials schiebt Plischke die alleinige Schuld auf Göbel, dessen Familie er überhaupt das schlechteste Zeugnis ausstellt. Die Geschworenen bejahten die ihnen vorgelegte Frage nach Falschmünzerei und verneinten die Frage nach mildernden Umständen. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht.

*

Hamm, 8. Okt. **(Demokratischer Gemeindevertretertag Süd-Westfalens.)** Auf Einladung der Bezirksleitung der Deutschen demokratischen Partei für den Regierungsbezirk Arnsberg hatten sich Sonntag hier im Schützenhof etwa 250 demokratische Gemeindevertreter eingefunden, um sich über die Bildung einer demokratischen Gemeindevertreter-Vereinigung schlüssig zu machen. Der Vorsitzende der Bezirksleitung, Max Loesenbeck-Hagen eröffnete und leitete die Versammlung. In seiner Ansprache wies er darauf hin, daß schon im November 1913 die Gründung einer rheinisch-westfälischen Gemeindevertreter-Vereinigung der Fortschrittlichen Volkspartei beschlossen worden sei, daß aber der Krieg die weiteren Vorbereitungen unterbrochen habe. Der Wunsch nach einer solchen Vereinigung erhebe sich jetzt lauter denn vorher in der demokratischen Partei. Es gelte, die in den Gemeindevertretungen befindlichen Parteifreunde, Männer und Frauen, zu treuer Arbeit nach einheitlichen Richtlinien zusammenzufassen und einen ersprießlichen Austausch der Erfahrungen in die Wege zu leiten. Das sei dringend nötig angesichts der großen Aufgaben, die die Gemeinden in der nächsten Zeit zu lösen hätten, so auf dem wirtschaftlichen Gebiete, auf dem Gebiete des Schulwesens, der Bodenreform zur befriedigenden Lösung der Wohnungsfrage, auf dem Gebiete der Finanzen usw. Die Versammlung stimmte der Bildung einer demokratischen Gemeindevertreter-Vereinigung für Südwestfalen zu und nahm die vorgelegten Satzungen mit einigen kleinen Aenderungen an. Als Vorort wurde vorläufig Hagen bestimmt. Zu ersten der vorgesehenen Vorträge hielt Oberbürgermeister v. Wedelstädt-Gelsenkirchen über „Demokratische Richtlinien in der Gemeindepolitik". — Baurat Figge-Hagen besprach die „Aufgaben der Gemeinden im Wohnungswesen. — Abg. Frl. Dönhoff-Witten sprach über „Die Frau in der Gemeinde". — Den letzten Vortrag hielt Bürgermeister Dr. Luppe-Frankfurt a. M. über „Sozialisierung und Gemeindefinanzen".

*

Dortmund, 9. Okt. **Das außerordentliche Kriegsgericht** hielt unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Westhoff eine Sitzung ab, in welcher u. a. über folgende Anklagesachen abgeurteilt wurde: In Hörde soll der Milchhändler G. S. aus Brüchenhof den Aufruhr gewissermaßen mit der Schelle eingeläutet haben. Die Sache kam so: Die Polizeiverwaltung in Hörde hatte den bezirksweisen Verkauf von Milch in bestimmten Lokalen angeordnet, während sonst der Verkauf durch die Milchhändler am Bahnhof unter Kontrolle des Arbeiterrats bewerkstelligt wurde. Die behördliche Verordnung stieß, wie S. gestern vor dem Kriegsgericht angab, bei den Milchhändlern sowohl als wie bei den Verbrauchern auf Widerstand, weil diese keine Polonaise mehr stehen wollten. Die Anklagebehörde nimmt an, daß S. durch fortgesetztes Läuten mit der Schelle die Bewohner mehrerer Straßen habe sammeln und zur früheren Milchausgabestelle nach der Bahn habe dirigieren wollen. Nach Lage der Sache konnte indessen von der Anzettlung eines Aufruhrs nicht die Rede sein, es kommt vielleicht nur grober Unfug in Frage, so daß das Gericht die Sache dem Amtsgericht überwies. — Die Arbeiterin L. L. aus Hombruch beteiligte sich an den Plünderungen im Rosenthalschen Geschäft dortselbst und holte 2 Mäntel und einen Regenschirm heraus. Die Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten verurteilt. — Um unauffällig seine Beute in Sicherheit zu bringen, zog der Arbeiter P. W. aus Horde im Robertschen Geschäft bei den Plünderungen mehrere Hosen an. Seine „Untertanen" fielen indessen trotzdem einem Polizeibeamten auf, der den Mann vorher in der Menge an dem Robertschen Schaufenster stehen sah, und annimmt, daß er eine der großen Spiegelscheiben zertrümmert hat. Bei seiner Festnahme machte W. einen Fluchtversuch, der jedoch mißlang. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten verurteilt.

TU **Bochum,** 8. Okt. **(Die Bochumer Mehlschiebungen vor Gericht.)** Das gerichtlich Nachspiel der großen Mehlschiebungen, die während der Jahre 1916—1918 zum Schaden des Stadt- und Landkreises Bochum hier betrieben worden waren, und die vor einem Jahre bei der Aufdeckung in ganz Rheinland und Westfalen großes Aufsehen erregten, hat gestern mit dem ersten Prozeß in dieser Angelegenheit vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts begonnen. Bekanntlich wurden bei der Bäckerei Stumpf, die die Brotmarken für Stadt- und Landkreis druckt, und bei der Brotmarkenausgabestelle Tausende und Abertausende von Brotmarkenheften gestohlen und damit sowie mit gefälschten Brotmarken ein schwunghafter Handel betrieben, der den Beteiligten große Summen einbrachte. Das Mehl wurde in zahlreiche große Orte des Industriegebietes, wie Dortmund, Essen, Mülheim-Ruhr, Elberfeld, Düsseldorf usw. verschoben. Im Oktober vorigen Jahres wurden die Schiebereien aufgedeckt und ein großer Teil der darin Verwickelten verhaftet. Der gestrige erste Prozeß beschäftigte sich mit den Betrügereien bei der Firma Stumpf. Angeklagt sind 26 Personen wegen Brotmarkendiebstahls bezw. Fälschung oder wegen Hehlerei. Der Vorsitzende machte in der Gerichtsverhandlung davon Mitteilung, daß von den Angeklagten mehrfach versucht worden war, Beamte durch Bestechung zur Pflichtverletzung zu verleiten und Zeugen zu beeinflussen. Weiter seien geheime Schriftstücke in das Untersuchungsgefängnis geschmuggelt worden. Die Angeklagten waren im großen und ganzen geständig. Der Hauptangeklagte Schael gestand, 300 Brotmarkenhefte gestohlen und weitere aber von anderen Personen erhalten zu haben. Die Einlegerin Graupe gab ebenfalls ihren Diebstahl zu. Für die Verhandlungen sind 10 Tage in Aussicht genommen. Dem ersten Prozeß werden drei weitere Mehlschieberprozesse folgen.

(W) **Essen,** 8. Okt. **Die Verkehrslage im Ruhrrevier** hat in der vergangenen Woche eine allgemeine Verschlechterung erfahren. Die Wagengestellung sank auf werktäglich 12 000 Wagen herab, während die Fehlziffer auf 12 200 Wagen stieg. Die Kipperleistung erfuhr Rückgänge von 15 500 auf 14 000 Tonnen, der Umschlag der Kanalzechen von 23 400 auf 17 200 Tonnen werktäglich.

Zur Tarifbewegung in der Hütten- und Metallindustrie von Dortmund und Umgegend

wird geschrieben: Durch Vermittlung der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Metallindustrie fanden am Montag, den 29. September in Essen im Gebäude der Berufsgenossenschaft Verhandlungen statt. Bei denselben wurde folgendes vereinbart: Gruppe A (Hüttenwerke) des Arbeitgeberverbandes sämtliche Arbeiter im Alter von über 18 Jahren erhalten einen Zeitzuschlag von 1,75 Mk. pro Kopf und Schicht. Gruppe B und C (Maschinenfabriken und Eisenkonstruktionswerkstätten) erhalten sämtliche Arbeiter über 18 Jahre einen Zeitzuschlag von 1,25 Mk. pro Kopf und Schicht. Die in den Tarif fallenden Arbeiter unter 18 Jahre erhalten in sämtlichen drei Gruppen einen Zeitzuschlag von 1 Mk. pro Kopf und Schicht. Diese Zuschläge werden rückwirkend ab 1. August 1919 gewährt. Soweit Härten und Ungerechtigkeiten im Tarifvertrag bestehen, werden dieselben auf dem Wege der Verhandlung beseitigt. Den Arbeitern sollen durch Akkordvereinbarungen Gelegenheit zur Erhöhung ihrer Einkünfte gegeben werden. Für die Akkordarbeit werden in der Dortmunder Arbeitsgemeinschaft Grundlagen vereinbart, auf die dieselbe aufgebaut wird. Der Tarif wird bis 1. April 1920 verlängert.

Zu dieser Verständigung erfolgte in einer gestern im Dortmunder Stadthaus stattgefundenen Sitzung folgende Interpretation. Die Vertreter der Arbeitgeber bestätigen die Richtigkeit der Auffassung der Gewerkschaftsführer, wonach 1. Die Arbeiterinnen als Arbeitnehmer im Sinne der Abmachung zu gelten und deshalb Arbeiterinnen über 18 Jahre 1,75 Mark und unter 18 Jahre 1,00 Mark Zeitzuschlag erhalten. 2. Ebenfalls erhalten Lehrlinge im Alter von 16—18 Jahren den Zeitzuschlag von 1.00 Mark. Für die außerhalb des Tarifvertrags stehenden jugendlichen Arbeiter im Alter von 14—16 Jahren wird eine Zulage von 0,50 Mark pro Schicht gezahlt, desgleichen den Lehrlingen unter 16 Jahren. 3. Die Berechnung der Zuschläge für Sonntagsarbeit erfolgt ab 1. 10. auf den Lohn einschl. der Zeitzuschläge. 4. Die Arbeitgeber bedauern aus wirtschaftlichen Gründen den Arbeitern der Maschinenfabriken u. Eisenkonstruktionswerkstätten die Zeitzuschläge nicht rückwirkend in gleicher Höhe gewähren zu können wie den Arbeitern in den Hüttenwerken. Sie erklären sich jedoch auf die erneuten Vorstellungen der Gewerkschaftsvertreter bereit, den Zeitzuschlag ab 1. 10. auch für ihre Arbeiter von 1.25 Mark auf 1,75 Mark zu erhöhen. 5. Die Auszahlung der zurückliegenden Lohnsummen erfolgt möglichst bald, spätestens bis Monatsschluß. 6. Die Arbeitsgemeinschaft tritt unter Hinzuziehung von Facharbeitern Mitte kommender Woche in die Beratung betr. Beseitigung von Härten und Ungerechtigkeiten im bestehenden Tarifvertrag ein. 7. Die Stellungnahme zu den Wünschen der Bauarbeiter erfolgt in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft zu Anfang kommender Woche.

Unterschriften:
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Christlicher Metallarbeiter-Verband
Gewerbeverein d. Metallarbeiter (V. D.)
Zentralverband der Heizer u. Maschinisten
Polnische Berufsvereinigung.

Die Feststellung des Abstimmungsergebnisses erfolgt am Donnerstag Vormittag.

Weitere Nachrichten.

v. Payer zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

(TU) **Berlin,** 8. Okt. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung wählte anstelle des Herrn Schiffer, der in die Reichsregierung eingetreten ist, einstimmig Herrn v. Payer zum Vorsitzenden der Fraktion. Herr v. Payer hat sich jedoch eine Bedenkzeit von 24 Stunden ausgebeten.

Streik in Königsberg.

(TU) **Königsberg,** 8. Okt. In Königsberg sind am Dienstag plötzlich die Binnenschiffer, die Transportarbeiter und die Arbeiter der Elektrizitätswerke in den Ausstand getreten. Die Lebensmittelversorgung ist in höchstem Maße gefährdet. Der gesamte Straßenbahnverkehr ruht, ebenso die Versorgung mit elektrischer Kraft. Das Kraftwerk wurde von militärischen Truppen besetzt, die die Wiederaufnahme des Betriebes versuchen sollen, andernfalls müßte auch das Gaswerk den Betrieb einstellen. Es wird mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks gerechnet.

Denikin auf dem Wege nach Moskau.

(TU) **Kopenhagen,** 8. Okt. Nach einer Meldung aus Reval lief die erste Radio-Depeche des Generals Denikin bei dem russischen Generalstab in Narwa ein. Das Telegramm berichtet, daß das Zentrum des Heeres 50 Kilometer von Orel steht und auf dem Wege nach Moskau sei. Die bolschewistischen Soldaten ergeben sich in großen Mengen und bilden Aufruhrabteilungen gegen die Bolschewisten. Die Nordwestarmee eroberte die Eisenbahnlinie Petersburg—Pskow, wodurch Petersburg vom Südwesten abgeschnitten ist. Die Inbesitznahme der Eisenbahnlinie Jamburg—Orel wird etwa 1½ Monate erfordern.

60 Personen beim Eisenbahnunglück getötet.

(TU) **Amsterdam,** 8. Okt. Reuter meldet aus Moskau: Bei einem Eisenbahnunglück zwischen Senegas und Saltillo wurden 60 Personen getötet und viele verwundet.

*

— **(Spartakistenführer Dr. Levien festgenommen.)** In Wien wurde der seit längerer Zeit von der bayrischen Regierung steckbrieflich verfolgte Spartakistenführer Dr. Max Levien von der Polizei festgenommen. Eine Auslieferung Leviens wird voraussichtlich nicht erfolgen.

— **Explosion eines Munitionszuges.** In Rondsen bei Graudenz ist ein mit 60 Zentnern französischen Pulvers gefüllter Munitionszug in die Luft geflogen. Ein Posten wurde getötet. Anscheinend liegt ein Verbrechen vor.

— **(Bankraub in Riga.)** In Riga drangen am hellichten Tage Räuber in das Gebäude der Norddeutschen Bank ein und beraubten die Kasse um etwa eine Million Mark. Darunter befand sich die Spende der amerikanischen Juden zugunsten der jüdischen Bevölkerung Rigas im Betrage von 160 000 Mark. 10 Angestellte wurden im Saferaum, 20 anwesende Besucher im Korridor eingesperrt. Man ist den Räubern auf der Spur.

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 9. Okt. „Das Musikantenmädel" wird heute abend im „Schützenhof" zu Kamen durch das Kurtheater Königsborn gegeben. Ueber eine Vorstellung im Theatersaal zu Königsborn berichtet die „U. Ztg." u. a.: Die Titelrolle des feschen Reserl lag bei Rosa Hartmann, gesanglich und darstellerisch, in besten Händen. Die köstliche Naivität der Kuhmagd wurde von ihr frisch wiedergegeben und fand wiederholt lautesten Beifall. In dem Tanzduett nach Marionettenart hatte sie in Gerd Charlier einen tüchtigen Partner. Gesanglich der Titelrolle gleichwertig war noch Ernalotte Harder als italienische Tänzerin; auch Max Seibicke zeigte in der etwas verwaschenen Rolle des Lehrers nette gesangliche Einzelleistungen. Das Fürstenpaar Eßterhazy lag bei Erwin Gütschow und Sascha Amberger in besten Händen. Für die plötzlich verschwundene Elly Müller mimte Grete Wulff den jungen Prinzen, und an deren Stelle sang eine Ungenannte die Partie der Großbäuerin. Das war nicht schön von ihr! Den alternden Haydn gab Karl Heucke mit Wärme und Würde. Sehr charakteristisch war auch Paul Butze als jüdischer Hausierer. Im Chor machte sich besonders Hanny Witte durch ihr frisch zupackendes Einsetzen bemerkbar. Bei der kurzen Zeit der Einstudierung — zwei Tage — war die Vorstellung eine recht ansehnliche Leistung. Der Besuch der heutigen Vorstellung ist allen Theaterfreunden zu empfehlen.

Sport.

Bergkamen, 9. Okt. **(Fußball-Wettspiel.)** Am Sonntag, den 5. Oktober, weilte die 2. Mannschaft des Sport-Vereins Bergkamen in Massen, um gegen die 3. Mannschaft des Ballsp.-Vereins Massen das fällige Meisterschaftsspiel auszutragen. In der 1. Halbzeit gelang es Bergkamen, das 1. Tor zu erzielen, dem Massen in der 2. Halbzeit 2 entgegensetzt. Mit 2 : 1 für B.-V. Massen räumten die Mannschaften den Jugendleuten den Platz. Nach dem ersten Spiel betrat die 1. Jugendmannschaft des Sport-Clubs Unna den Platz, um gegen die 1. Jugendmannschaft des B.-Vereins Massen zu kämpfen. Auch hier konnte Massen mit 7 : 1 Toren das Spiel gewinnen.

Im Faltboot. Ein kleiner Kanu- und Kajakführer von Dr. F. Asanger und Dr. K. d'Ester ist eine kleine Schrift betitelt, die begeistert und begeisternd eine Lanze für den Wassersport bricht. In anschaulicher Weise sind die verschiedenen Arten von Kanus beschrieben und ihre Verwendung. Als das zweckmäßigste derselben, wegen seiner Leichtigkeit und Sicherheit, empfehlen die Verfasser das Faltboot. Wegen seines geringen Gewichtes und seiner Zusammenlegbarkeit zu Touren jeder Art besonders geeignet, bietet es gleichzeitig die nötige Sicherheit, auf welche bei einem Wasserfahrzeug besonderer Wert zu legen ist. Außerdem gestattet die genügende Größe das Mitführen von Gepäck und Bequemlichkeiten aller Art auf größeren Fahrten und selbst als Nachtlagerstätte kann das Faltboot dienen. Alle die vielen Hemmnisse, vor allem der hohe Preis der alten Boote, sind durch dieses Erzeugnis beseitigt. Ohne besondere Beschwerde kann jeder, der auch nur ein wenig Freude am Wassersport hat, ihn ferner betreiben und selbst Entfernungen, die zur Erreichung des Zieles mit der Eisenbahn zurückgelegt werden müssen, bieten kein Hindernis. Im Rucksack verstaut, wie in der Hand kann man sein Boot im Abteil mit sich führen, um es an Ort und Stelle mit wenigen Handgriffen zum Gebrauch fertig zu machen. Wir empfehlen die kleine Schrift, welche alles Wissenswerte erschöpfend behandelt, allen, die sich für den Wassersport begeistern und stimmen den Verfassern bei, wenn sie betonen: „Wie es einen Wandervogel gibt, so sollte es auch einen Wasservogel geben; unsere Jugend besonders müßte sich zu größeren und kleineren Fahrten zusammenfinden. Was das Rad auf dem Lande, muß das Faltboot auf dem Wasser werden."

J. Fischer

DORTMUND
Ostenhellweg
Herren-Jünglings- u. Knaben-Kleidung

Moderne Herren-Winter-Kleidung



Neue Winter-Ulster praktische Winter-Mäntel in I und II rhg. längeren Formen, teils mit Raglan-Aermel und weitem Rücken aus schweren Ulster- u. Cheviotstoffen, in braunen, grauen, blauen und grünlichen Stoffen

Mk. 125.-, 150.-, 175.-, 195.-, 225.-, 250.-
275.-, 295.-, 325.-, 375.-, bis 450.-

Moderne Sport-Ulster Neue Winter-Mäntel mit flottem weitgeschnittenen Rücken, mit gewöhnlichen, oder Raglan-Aermeln, aufgesetzten Taschen, Aermel und unten 5 mal gesteppt in I oder II rhg. Formen und allen Farben

Mk. 140.-, 165.-, 185.-, 210.-, 240.-, 260.-
290.-, 325.-, 350.-, 390.-, bis 550.-

Eleg. Winter-Ueberzieher Vornehme Paletots, aus dunkel- grauen, marengo blauen oder schwarzen Tuch, Cheviot- oder Meltonstoffen, in I- und II-reihigen Formen, elegante erstklassige Verarbeitung, mit und ohne Sammetkragen

Mk. 250.- 275.- 295.- 325.- bis 590.-

Neue Gürtel-Mäntel besonders elegante Sport-Mäntel für jüngere Herren, in flotten Raglan- oder weiten Schlüpfer-Formen, aus modernen weichen Flausch- und Ulster-Stoffen, in braunen, hell- und dunkelgrauen und grünlichen Melange-Farben

Moderne Anzüge elegante I-reihige Anzüge, in neuen, flotten Formen, teils mit aufgesetzten Taschen, Rückengurt und Ausziehfalten, aus guten blauen und schwarzen Cheviots, sowie modernen blauen, grauen und grünlichen Fantasiestoffen

Mk. 225.- 250.- 275.- 290.- 310.- 325.-
340.- 360.- 375.- 390.- bis 590.-

Neue Knaben- u. Jünglings-Kleidung

Neue Jünglings-Ulster Große Auswahl in I- u. II-rhg. Sport-Ulstern, Raglan u. modernen Gürtel-Mänteln aus besten Ulster und Cheviotstoffen in braunen, blauen und grünen Farben

Mk. 70.- 75.- 85.- 95.- 110.- 125.-
140.- 150.- 160.- 175.- bis 250.-



Knaben-Winter-Mäntel elegante neue Ulster-Formen mit und ohne Gürtel und praktische schöne hochgeschlossene Mäntel a. weichen Ulsterstoffen. Kieler Jacken aus guten blauen Cheviotstoffen

Mk. 30.- 35.- 40.- 45.- 50.- 55.-
65.- 75.- 85.- 95.- bis 150.-

Jünglings-Anzüge Moderne Sportform, mit aufgesetzten Taschen, Rückengurt und Ausziehfalten, Umschlaghosen aus guten haltbaren Buxkin- und Cheviotstoffen

Mk. 70.- 80.- 90.- 110.- 125.- 140.-
160.- 175.- 190.- 225.- bis 350.-

Knaben-Anzüge grösste Auswahl in Schlupfblusen, Frankfurter, Einknopf Falten und Kieler Formen, aus soliden blauen, sowie gemusterten Buxkin- und Cheviotstoffen mit schönen Garnierungen

Mk. 25.- 35.- 45.- 55.- 65.- bis 120.-

Knaben-Sweater Mk. 6.- 7.- 8.- bis 20.-
Leibchen-Hosen Mk. 10.- 12.- 15.- bis 24.-
Loden-Joppen Mk. 21.- 22.- 25.- bis 55.-

Herren- u. Knaben-Hüte u. Mützen in größter Auswahl.

Kathol. Gesellen-Verein Kamen.

Der Verein begeht die Feier seines

silbernen Jubelfestes

am Sonntag, den 12. Oktober 1919.

Nachmittags 1/23 Uhr: **Festzug.**

Hierauf große Festversammlung und Feier
— im Vereinslokale (Ww. Goertz). —

Karten im Vorverkauf bei den Mitgliedern — und im Vereinslokale zu haben. —

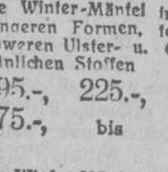
Eintrittspreis im Vorverkauf 1 Mk., an der Kasse 1,25 Mk.

Der Festzug berührt die Klosterstr., Bahnhofstr., Markt, Weißestr., Ostenmauer, Oststr., Nordstr., Nordenmauer, Weststr., Königstr.

Freunde und Gönner sind hierzu herzlichst eingeladen.

Das Festkomitee. **Der Vorstand.**

3987



Pferde-Rennen!!

2. Renntag in Hamm (Westf.)

am Sonntag, den 12. Oktbr. d. J. nachmittags ab 1[30] Uhr mit Totalisatorbetrieb.
Ehrenpreis u. über 10000 Mk. Geldpreise.

Preise der Plätze (einschl. Steuer):

Loge ..... Mk. 9.— | Tribüne ..... Mk. 4.50
Logen-Tribüne ..... „ 6.50 | Zuschauerplatz .... „ 3.—
Wagenplatz Mk. 3.50.

Während der Rennen: Grosses KONZERT!!

Straßenbahn-Verbindung direkt bis zum Rennplatz.
Vorverkauf der Eintrittskarten in den Buchhandlungen Breer & Thiemann und Otto F. Dabelow, Hamm i. W. 3974

Westfälischer Trabrenn- u. Zuchtverein e. V. Hamm (Westf.)

Schreibmappen :-: Aktentaschen
Brieftaschen :-; Geldscheintaschen
Portemonnaie für Damen u. Herren
:-: und Toiletten in Leder :-:
Grosse Auswahl in Postkartenrahmen und Postkartenalbums.

in großer Auswahl.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Tanzschule

im Hotel Biermann.



Nächster Uebungsabend

nicht Freitag, sondern 3981
Dienstag, den 14. Okt., 8 Uhr abends.
Gefl. Anmeldungen werden noch berücksichtigt.

C. Büscher u. Sohn, Weißestr. 5.

Neue und gebrauchte
Pianos
Flügel
Harmoniums
sind noch in großer Auswahl vorrätig.
Freie Lieferung auch zu bequemen Bedingungen 2692

Roth & Junius
Piano- u. Flügelfabrik
Hagen W., Bahnhofstr. 29.
2. Fabrik Berlin S 42.
Gold. Ausstellungspreise. Staatsmedaille. 12735

Sport-Verein Kamen 13 e. V.

Sonnabend, d. 11. Oktbr.:

Abend-Wanderung!!

Sammelpunkt: Sportplatz. 3978
Abmarsch punkt 7 Uhr.

Der Vorstand.

Ein Waggon erstklassige Aepfel

(Dauerware)

trifft **Dienstag, den 7. Oktober,** ein, und kann ich meiner werten Kundschaft nur empfehlen, dieses **selten günstige Angebot zur Deckung ihres Winterbedarfs zu benutzen.**

Fr. P. Uhrmeister,
3948 **Kirchstraße 10.**

Aufruf!

An alle Ost- und Westpreußen.

Landsleute: Unsere Heimat ist in Gefahr!

Infolge der unerhörten Bedingungen des uns aufgezwungenen Friedensvertrages sind große Teile unserer Heimat vom Mutterlande abgetrennt worden. In weiteren Teilen, und zwar: a) Ostpreußen in den Kreisen Allenstein, Johannisburg, Lötzen, Lyck, Orteisburg, Osterode, Rössel, Sensburg, Oletzko und Neidenburg (hier jedoch mit Ausnahme der Ortschaften aus den Kirchspielen Soldau, Borchersdorf, Heinrichsdorf, Koschlau, Narzyn und Usdau); b) Westpreußen: in den Kreisen Marienwerder (östlich der Weichsel), Marienburg (östlich der Nogat) und die ganzen Kreise Rosenberg und Stuhm, soll durch Volksabstimmung entschieden werden, ob dieselben auch weiterhin deutsch bleiben werden.

Zu diesem Zwecke hat sich der Ostdeutsche Heimatdienst gebildet, um alle in Rheinland und Westfalen wohnenden Landsleute zum Zwecke der Abstimmung zu sammeln. Tausende haben sich bereits gemeldet.

Ehrenpflicht eines jeden Ost- oder Westpreußen, ob Mann oder Frau, ohne Unterschied der Partei oder Konfession ist es, diesem Rufe Folge zu leisten und nicht zu dulden, daß auch nur ein Fuß breit urdeutscher Boden polnisch wird.

Alle 20 Jahre alten Personen, ohne Unterschied des Geschlechts, welche in den Abstimmungsgebieten geboren, sind abstimmungsberechtigt.

Jeder Abstimmungsberechtigte muß sich bei der Abstimmung an seinem Geburtsorte durch den standesamtlichen Geburtsschein ausweisen. Für solche, die vor dem 1. Oktober 1874 geboren sind, gilt der Taufschein des heimatlichen Pfarramtes. Verheiratete Frauen oder Witwen weisen sich am einfachsten durch ihr Familienbuch aus, welches alles Notwendige enthält. Besitzen sie ein solches nicht, so müssen sie außer ihrem Geburtsschein auch noch die standesamtliche Eheschließungsurkunde beibringen.

Diese Ausweise muß sich jeder selbst besorgen und zwar raten wir, dies sofort zu tun (Militärpaß genügt nicht.)

Es wird freie Hin- und Rückfahrt gewährt. Es besteht die begründete Aussicht, daß sowohl die Behörden, wie auch die privaten Arbeitgeber um der großen vaterländischen Sache willen einen Urlaub von 14 Tagen bewilligen und für diese Zeit einen entstandenen Lohnausfall erstatten werden.

Blühende Topfpflanzen sowie Blumenkörbe
empfiehlt zu mäßigen Preisen 3982
Gärtnerei Gustav Westerich.

Ein **Haus**
zu kaufen gesucht.
Offerten unt. **W. M. Nr. 3946** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schwarze Mantel, schw. Bluse und schw. Hut für 115 Mark, und andere getragene Kleidungsstücke und 6 Hühner und 1 Hahn zu verkaufen. 3977
Wo, sagt die Geschst.

Alleinstehender Herr sucht
Wohnung
mit Pension.
Zu erfr. im d. Geschst.

Auf sofort oder 1. Nov. ein zuverlässiges
Mädchen
gesucht. 3952
Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieser Ztg.

Zum 1. November ein ordentliches fleißiges
Mädchen
gesucht. 3974
Wirtschaft Voß,
Zeche Grimberg.

Ordentliches, fleißiges
Mädchen
welches auch **melken** kann, für sofort oder später gesucht. 3956
Frau Ph. Nathan,
Nordstr. 34.

Jüngeres 3983
Morgen-mädchen
für kl. Haushalt gesucht.
Bahnhofstr. 34, 1. E.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich im der
Kamener Zeitung.

Geburts-, Verlobungs- und Vermählungsanzeigen
sowie alle anderen Familien-Drucksachen liefert in guter Ausführung
Kamener Zeitung
Buchdruckerei Unnaerstr. 163. Geschäftsstelle Weststraße 10.

Ein Küchenschrank und eine **Anrichte** zu verkaufen. 3947
Kamen, Weddinghoferstr. 40.

Carbid-Lampen u. Carbid
empfiehlt
Carl Müller,
Kamen.
3975